

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Autorinnen und Autoren	2
Abkürzungsverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	14
Abbildungsverzeichnis	18
Abschnitt I: Die Behandlung von Bauleistungen im Umsatzsteuerrecht	19
1. Grundsätze des Umsatzsteuerrechts	19
1.1. Was ist die Umsatzsteuer?	19
1.2. Der Unternehmer als Steuerschuldner	20
1.3. Der Vorsteuerabzug in der Unternehmerkette	20
1.4. Rechnungen gemäß § 11	20
1.5. Entstehung der Umsatzsteuerschuld	21
1.5.1. Sollbesteuerung gemäß § 19 Abs 2	22
1.5.2. Istbesteuerung gemäß § 17	22
1.5.3. Übergang der Steuerschuld	23
1.5.4. Anzahlungen	23
1.5.5. Optionsmöglichkeit	23
1.6. Die rechtzeitige Abfuhr der Umsatzsteuer beim Finanzamt	23
2. Die Reverse-Charge-Regelung	24
2.1. Allgemeines	24
2.2. Überblick über die Entwicklung des Reverse-Charge-Systems in Österreich	25
2.2.1. Einführung der Steuerschuldumkehr mit dem EU-Beitritt Österreichs	25
2.2.2. Ausdehnung der nationalen Regelung auf weitere Bereiche	26
2.3. Derzeitige Anwendungsbereiche von Reverse Charge in Österreich	27
3. Bauleistungen gemäß § 19 Abs 1a	28
3.1. Hintergründe der Reverse-Charge-Regelung im Bau- und Baunebengewerbe	28
3.1.1. Die Scheinunternehmen	28
3.1.2. Die daraus resultierende Problematik	29
3.2. Übergang der Steuerschuld	30
3.3. Die Tatbestände des § 19 Abs 1a	30
3.4. Was ist eine Bauleistung?	31
3.4.1. Allgemeines	31
3.4.2. Grenzfälle	32
3.4.3. Leistungen, die definitiv keine Bauleistungen darstellen	34
3.4.4. Leistungen, die ausdrücklich als Bauleistungen definiert werden	34
3.4.5. Auflistung von Bauleistungen in der Rechnung	36
3.5. Unternehmer, der selbst mit der Erbringung der Bauleistungen beauftragt ist	36
3.5.1. Mitteilungspflicht an den Subunternehmer über die Beauftragung	37
3.5.2. Folgen bei Verletzung der Mitteilungspflicht	37
3.5.3. Fälschliche Mitteilung einer Bauleistung	37
3.6. Unternehmer, der seinerseits üblicherweise Bauleistungen erbringt	38
3.6.1. Wann erbringt ein Unternehmer „üblicherweise“ Bauleistungen?	38
3.6.2. Die Mitteilungspflicht	39

3.6.3. „Anhang 4“ der UStR 2000	39
3.6.4. Wichtige Grenzfälle	40
3.7. Die Überlassung von Arbeitskräften	40
3.7.1. Arbeitsgemeinschaften (ARGE)	41
3.8. Zweifelsfälle hinsichtlich der Beurteilung von Bauleistungen	42
3.9. Kleinunternehmer und der Übergang der Steuerschuld	42
3.9.1. Der leistende Unternehmer als Kleinunternehmer	42
3.9.2. Der Leistungsempfänger als Kleinunternehmer	42
3.10. Übersicht	43
3.11. Gesonderte Rechnungsstellung und Aufzeichnungspflichten	43
3.11.1. Zusätzliche Rechnungsanforderungen bei Reverse Charge	43
3.11.2. Aufzeichnungspflichten und buchhalterische Erfassung	44
3.12. Entstehung der Steuerschuld in der Bauwirtschaft	45
3.12.1. Abweichungen bei der Sollbesteuerung	45
3.12.2. Abweichungen bei der Istbesteuerung	46
3.12.3. Anzahlungen	46
3.12.4. Teilleistungen in der Bauwirtschaft	46
3.13. Auswirkungen des § 19 Abs 1a auf die Gemeinden	48
3.13.1. Die Gemeinde als leistende Unternehmerin	49
3.13.2. Die Gemeinde als Leistungsempfängerin	49
4. Grenzüberschreitende Regelungen	50
4.1. Bauleistungen im Zusammenhang mit ausländischen Unternehmern	50
4.1.1. Der ausländische Unternehmer als Subunternehmer	50
4.1.2. Der ausländische Unternehmer als Generalunternehmer	50
4.2. Reverse Charge bei Bauleistungen in Deutschland	51
4.2.1. Allgemeines	51
4.2.2. Bauleistungen	51
4.2.3. Leistungsempfänger	51
4.2.4. Leistender	51
4.2.5. Auswirkungen für österreichische Unternehmer	52
4.2.5.1. Österreichische Subunternehmer (Leistende)	52
4.2.5.2. Österreichischer Auftraggeber (Leistungsempfänger)	52
4.3. Die Bauabzugssteuer in Deutschland	53
4.3.1. Der Tatbestand der §§ 48 bis 48d dEStG	53
4.3.2. Befreiung vom Steuerabzug	54
4.3.3. Folgen des Steuerabzugs	54
4.3.4. Auswirkungen der Bauabzugssteuer in Bezug auf österreichische Unternehmen	55
5. Resümee	55
Abschnitt II: Die Auftraggeberhaftung im ASVG	56
1. Allgemeine Grundsätze des ASVG	56
1.1. Grundsätzliches	56
1.2. Beginn und Ende der Versicherung im Arbeitsverhältnis	56
1.2.1. Beginn	56
1.2.2. Ende	56
1.2.3. Höhe und Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge	57
2. Die Auftraggeberhaftung für Beiträge und Umlagen iSd § 58 Abs 6 ASVG	58
2.1. Gründe für die Neuregelung im Jahr 2009	58
2.1.1. Die professionellen Beitragshinterziehungen im Baugewerbe	58
2.1.2. Die Gewinner des Sozialbetrugs	60
2.1.3. Die Verlierer	60

2.2.	Einführung der Auftraggeberhaftung (AGH)	61
2.2.1.	Der Zweck der AGH	61
2.2.2.	Das Ziel der AGH	61
2.2.3.	Der Geltungsbereich und der Bezug zu § 19 Abs 1a UStG	61
2.3.	Der Haftungstatbestand der §§ 67a ff ASVG	62
2.3.1.	Welche Beiträge und Umlagen sind von der Haftung betroffen?	62
2.3.2.	Betragsmäßige Beschränkung	63
2.3.3.	Zeitliche Beschränkung	63
2.3.4.	Eintritt der Haftung	64
2.4.	Haftungsbefreiung	65
2.5.	Das Dienstleistungszentrum als Servicestelle	65
2.6.	Die HFU-Listen und die HFU-Gesamtliste	66
2.6.1.	Grundlegende Voraussetzungen für die Aufnahme in die HFU-Liste (§ 67b Abs 1 ASVG)	66
2.6.2.	Die Kritik der Jungunternehmer am Erfordernis einer mindestens dreijährigen Bauleistungserbringung	70
2.6.3.	Der Einfluss gesellschaftsrechtlicher Veränderungen von Unternehmen auf das Kriterium der dreijährigen Bauleistungserbringung	71
2.6.4.	Untersagen der Aufnahme in die HFU-Liste aus präventiven Gründen (§ 67b Abs 4 ASVG)	72
2.6.5.	Streichung aus der Liste	74
2.7.	Zahlung von 20 % des Werklohns an das DLZ	75
2.7.1.	Allgemeines	75
2.7.2.	Überweisung mit Datenmeldung an das DLZ	75
2.7.3.	Weiterleitung der Haftungsbeträge an die Krankenversicherungsträger	76
2.8.	Das Recht auf Konteneinsicht	76
2.8.1.	Einsicht in das Beitragskonto	76
2.8.2.	Einsicht in das Auftragnehmerkonto	77
2.9.	Rückerstattung und Verrechnung von Guthaben	77
2.9.1.	Das Recht auf Rückzahlung bzw Verrechnung	77
2.9.2.	Verweigerung der Guthabensrückzahlung	79
2.10.	Ein-Personen-Unternehmen (EPU)	80
2.10.1.	Die ursprüngliche Problematik für EPU und das „Bestätigungsschreiben“	80
2.10.2.	Die Einführung des § 67e ASVG	81
2.11.	Erweiterte Haftungstatbestände	83
2.11.1.	Umgehungsgeschäfte	83
2.11.2.	Verletzung von Auskunftspflichten des auftraggebenden Unternehmens	84
2.12.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflichten	84
2.12.1.	Auskunftspflicht der Dienstnehmer	84
2.12.2.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht des auftraggebenden Unternehmens	84
2.12.3.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht des beauftragten Unternehmens	85
2.12.4.	Auskunfts- und Einsichtsgewährungspflicht von Dienstgebern	86
2.12.5.	Behördliche Auskunftspflichten	86
2.13.	Geltendmachung der Haftung	86
3.	Verfassungsrechtliche Überlegungen	87
3.1.	Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz?	87
3.2.	VfGH-Rechtsprechung zur Haftung von Abgabenverbindlichkeiten Dritter	87
3.2.1.	Öffentliches Interesse	88

SWK-Spezial: Reverse Charge und Auftraggeberhaftung in der Bauwirtschaft

3.2.2. Rechtsbeziehung zwischen auftraggebendem und beauftragtem Unternehmen	88
4. Die AGH im Insolvenzfall	88
4.1. Insolvenz des beauftragten Unternehmens	88
4.1.1. Erfüllung des Werkvertrags vor Insolvenzeröffnung	89
4.1.2. Nichterfüllung des Werkvertrags vor Insolvenzeröffnung	89
4.2. Insolvenz des auftraggebenden Unternehmens	90
4.2.1. Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung	90
4.2.2. Keine Zahlung des Werklohns vor Insolvenzeröffnung	90
4.3. Verhältnis der AGH zum IEF	90
4.3.1. Allgemeines zum IEF	90
4.3.2. Vorrang der AGH	91
5. Grenzüberschreitende Überlegungen	92
5.1. Überblick über die Regelung in Deutschland	92
5.2. Das ausländische Subunternehmen in Österreich	92
5.2.1. Allgemeines	92
5.2.2. Grenzüberschreitende Dienstleistung	93
5.2.3. Gründung einer Niederlassung in Österreich	94
5.3. Das inländische Subunternehmen in einem anderen EU-Mitgliedstaat	94
6. Resümee	95
Abschnitt III: Die Auftraggeberhaftung im EStG	97
1. Das Betrugsbekämpfungsgesetz 2010	97
2. Die Auftraggeberhaftung für lohnabhängige Abgaben	97
2.1. Die Ähnlichkeit zur ASVG-Haftung	97
2.2. Der Haftungstatbestand des § 82a EStG	98
2.2.1. Geltungsbereich der Haftung	98
2.2.2. Welche Abgaben werden als „lohnabhängige Abgaben“ bezeichnet?	98
2.2.3. Höhe und Eintritt der Haftung	98
2.3. Haftungsbefreiungsmöglichkeiten	100
2.3.1. Allgemeines	100
2.3.2. Das beauftragte Unternehmen scheint in der HFU-Liste auf	100
2.3.3. Zahlung von 5 % des Werklohns an das DLZ	101
2.3.4. Zuordnung der Haftungsbeträge durch das DLZ	102
2.4. Konteneinsicht	103
2.5. Rückerstattung von Guthaben	103
2.6. Unterschiede zur Haftung nach den §§ 67a ff ASVG	103
2.6.1. Ermessensentscheidung über die Aufnahme bzw den Verbleib in der HFU-Liste	103
2.6.2. Zustimmung des Finanzamtes über die Wiederaufnahme in die HFU-Liste	104
2.6.3. Durchgriffshaftung und Guthabenrückerstattungen	104
2.6.4. Die Geltendmachung der Haftung	104
3. Weitere wichtige steuerrechtliche Regelungen für die Bauwirtschaft	105
3.1. Bestimmungen im EStG	105
3.1.1. Vermutung einer Nettolohnvereinbarung (§ 62a EStG)	105
3.1.2. Kalendertag als Lohnzahlungszeitraum (§ 77 EStG)	106
3.1.3. Steuerschuldnerschaft des Arbeitnehmers bei Schwarzarbeit (§ 83 EStG)	106
3.1.4. Verstärkte Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger mit Finanzbehörden (§ 89 EStG)	107
3.1.5. Mitteilung bei Auslandszahlungen (§ 109b EStG)	107

3.2. Normen in anderen Steuergesetzen	108
3.2.1. KöSt-Zuschlag bei unterbliebener Empfängerbenennung (§ 22 KStG)	108
3.2.2. Verlängerung der Verjährungsfristen (§§ 207, 209 BAO)	109
3.2.3. Erweiterung der Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen durch die Finanzpolizei (§ 12 AVOG; nunmehr §§ 54, 146a und 146b BAO)	109
4. Resümee	110
 Abschnitt IV: Die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse aus Sicht des Unternehmers	
1. Allgemeines	111
2. Rechtsgrundlagen	112
3. Urlaub, Abfertigung, Winterfeiertage und Überbrückungsgeld	112
3.1. Geltungsbereich des BUAG	112
3.1.1. Persönlicher Geltungsbereich	112
3.1.2. Sachlicher Geltungsbereich	113
3.1.3. Mischbetriebe	113
3.1.4. Konsequenzen	114
3.2. Sachbereich Urlaub	114
3.2.1. Einrichtung	114
3.2.2. Festsetzung	114
3.2.3. Urlaubsanspruch und Anwartschaft als Ausgangspunkt	115
3.2.3.1. Anwartschaftswochen	115
3.2.3.2. Beschäftigungszeiten	116
3.2.4. Urlaubsentgelt	116
3.2.5. Abfindung	117
3.2.6. Nichtverbrauch/Verfall	117
3.2.7. Ablöseverbot, Todesfall und Pfändungsschutz	117
3.2.8. Berechnung	117
3.2.9. Meldepflichten und Vorschreibung	118
3.2.10. Nichtbezahlung, Haftung und Verjährung	120
3.2.11. Vergütete Nebenleistungen	121
3.2.12. Einbeziehung in das System der BUAK	121
3.2.13. Sonderbestimmungen bei Entsendung	121
3.2.14. Zusammenfassung Ablauf	122
3.3. Sachbereich Abfertigung	123
3.3.1. Einrichtung	124
3.3.2. Festsetzung	124
3.3.3. Berechnung	124
3.3.4. Auswahlpflicht Betriebliche Vorsorgekasse	125
3.3.5. Meldepflichten und Vorschreibung	125
3.4. Sachbereich Winterfeiertage	125
3.4.1. Einrichtung	125
3.4.2. Festsetzung	126
3.4.3. Berechnung	126
3.4.4. Meldepflichten und Vorschreibung	126
3.4.5. Winterfeiertagsvergütung	126
3.4.5.1. Berechnung	126
3.4.5.2. Vergütete Nebenleistungen	127
3.4.6. Ersatzweiser Anspruch	127
3.4.7. Zusammenfassung Ablauf	127
3.5. Sachbereich Überbrückungsgeld	128
3.5.1. Einrichtung	129

SWK-Spezial: Reverse Charge und Auftraggeberhaftung in der Bauwirtschaft

3.5.2. Festsetzung	129
3.5.3. Berechnung	129
3.5.4. Meldepflichten und Vorschreibung	129
3.5.5. Überbrückungsgeld	129
3.5.6. Überbrückungsabgeltung	129
3.5.7. Zusammenfassung Ablauf	130
4. Sachbereich Schlechtwetter	130
4.1. Geltungsbereich BSchEG	130
4.2. Schlechtwetterentschädigung	131
4.2.1. Schlechtwetter und Arbeitsausfall als Ausgangspunkt	131
4.2.2. Entschädigungsanspruch	131
4.2.2.1. Ausmaß	132
4.2.2.2. Höhe	132
4.2.3. Rückerstattung	133
4.2.4. Schlechtwetterentschädigungsbeitrag	133
5. Pflichten des Unternehmers	134
5.1. Offenlegung von Lohnaufzeichnungen	134
5.2. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten bei Baustellenkontrollen	134
6. Behördlicher Informationsaustausch	136
6.1. Kooperationen im Rahmen des BUAG	136
6.2. Sonstige Kooperationen	137
Anhang	139
Wichtige Adressen, Links und Formulare	148
Stichwortverzeichnis	151